Delegiertenversammlung der SP AR zur Abstimmungsvorlage vom 26.9.2010

Die Delegierten der SP AR sagen klar Nein zur eidgenössischen Vorlage über die Änderung vom 19. März 2010 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG), die am 26. September zur Abstimmung kommt.

An der Delegiertenversammlung vom 31. August 2010 vertrat der Präsident des Komitees "Nein zum Abbau der ALV", Thomas Näf, Bern die Nein Position mit klaren Fakten. Sie wurden im anschliessenden Referat von Adrian Künzli, Präsident des Gewerbeverbandes Appenzell Ausserrhoden im Wesentlichen bestätigt. Uneinig waren sich die beiden Referenten hinsichtlich des Lösungspotenzials. Näf legte dar, dass die vorgesehene Revision kein einziges der Arbeitsmarktprobleme löse, sondern im Gegenteil diese verschärfe und neue schaffe. Künzli hingegen sprach von einem guten, typisch Schweizerischen Kompromiss, der sowohl auf der Ausgaben- wie der Einnahmenseite verträgliche Einsparungen bzw. Mehreinnahmen beinhalte. Weitere unverantwortliche Lohnabzüge sind gemäss Künzli den Arbeitnehmenden unzumutbar und schädlich für die Wirtschaft. Anderseits betonte Näf die Befürchtung, dass aufgrund der AVIG-Revision viele Betroffene und ihre Familien innert kürzester Zeit auf Sozialhilfe angewiesen sein werden. Damit stiegen die Sozialleistungen in Kantonen und Gemeinden. In der Diskussion wies denn auch ein Delegierter darauf hin, dass die Vorlage einen wesentlichen Widerspruch beinhalte: Mit dem Leistungsabbau der ALV einerseits und den anderseits deswegen steigenden Sozialhilfekosten würde das genaue Gegenteil erreicht, was bürgerliche Kreise sonst immer vermeiden wollen: die Aufblähung des Sozialstaates. Nach ausgiebiger Diskussion stimmten die Delegierten einstimmig der Nein-Parole zu.

Medienmitteilung des Parteisekretärs